

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Die unsersatzung angeforderte Manuskripte
bestimmen die Redaktion keine Verantwortung.

Chief-Redakteur: Eberhard Wolff in Berlin.
Herausgeber und Verlag: Hermann Wolff in Berlin.

Die ungarische Nationalversammlung gegen Karl.

Sofortige Ausweisung verlangt.

Ungarn bittet um Genehmigung der Wiedereintritts des
Kaisers nach der Schweiz

Budapest, 1. April. (E. B.)
Die ungarische Nationalversammlung fordert die Regierung auf, unverzüglich alle Schritte zu unternehmen, damit der König aus dem Lande entfernt werde. Man wird aus Steinamanger berichtet, daß König Karl, der sich noch immer dort aufhält, angeblich die Ausweisung getan habe, er möchte gern mit seiner Familie wenigstens solange in Ungarn verbleiben, als seine Anwesenheit nicht zu feierlichen Zeremonien und Festen Anlaß gebe. Sämtliche politischen Kreise erklären, daß diesem Wunsch des Königs nicht entsprochen werden kann, vielmehr alles geschehen müsse, um seine sofortige Ausweisung durchzuführen, zumal auch die Entente mit größtem Nachdruck darauf besteht und die Regierung den Ententevertretern gegenüber erklärt hat, daß man den König als Eindringling betrachte.

Bern, 31. März. (Schweizerische Depeschengentur.)
Die ungarische Regierung hat die Schweiz um die Genehmigung zur Rückkehr des Kaisers Karl nach der Schweiz ersucht. Der Bundesrat beschloß daraufhin, sich der Rückkehr des Kaisers nicht zu widersetzen. Es handelt sich aber nur um eine vorläufige Entscheidung, denn alles hängt von dem weiteren Verlauf der Ereignisse ab.

Rom, 31. März. (E. B.)
Einmal Vertreter des „Giornale del Popolo“ erklärte der ungarische Gesandte, der Schritt des Königs Karl sei übereilt. Die Wiederherstellung der Monarchie müßte sich allmählich ohne Gedränge durch den Zwang der Tatsachen vollziehen. (1) Das Blatt sagt, diese Worte beruhten in keiner Weise die Italiener, die die Rückkehr des Kaisers niemals dulden könnten.

Wien, 1. April. (E. B.)
Zu den Ereignissen in Ungarn erklärte der Minister des Innern, Dr. Senez, im Abgeordnetenhaus, daß das tschechoslowakische Ministerium des Innern bereits Montag mit allen verbündeten Mächten in Verbindung getreten sei und die Regierung in Budapest habe erklären lassen, daß wenn der König aus Ungarn nicht augenblicklich vertrieben, die Regierung die für notwendig gehaltenen Maßnahmen treffen müsse.

Günstigere Beurteilung der Lage in Wien.

Die einmütige Stellung der Nachfolgestaaten gegen die
Restaurierung der Habsburger.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Wien, 1. April.
Die sich durch die Vorgänge in Ungarn ergebende politische Lage wird in hiesigen diplomatischen und parlamentarischen Kreisen heute günstiger beurteilt. Man sagt sich, daß der von den ungarischen Gesandten gemeinsam mit dem Schweizer Gesandten beim Bundesratstag in Bern unternommene Schritt wegen der Zustimmung der österreichischen Regierung zur Durchreise des Kaisers nach der Schweiz kaum erfolgt sein dürfte, ohne daß vorher Verhandlungen zwischen Budapest und Steinamanger stattgefunden hätten. Es zeigt sich aber auch immer klarer, daß zwischen den Nachfolgestaaten volle Einmütigkeit hinsichtlich der energischen Abschaffung der Wiedereintritts des Kaisers auf den ungarischen Thron herrscht. Der tschechoslowakische Gesandte in Wien hat im Laufe des heutigen Tages dem Bundeskanzler Dr. Mayr völlig unmissverständliche Erklärungen über die Haltung seiner Regierung abgegeben, und in Budapest hat die rumänische Regierung heute gleichfalls der ungarischen Regierung mitgeteilt, daß eine Fortdauer des Aufenthalts des Kaisers in Ungarn für sie unbedingt den Casus belli bedeuten würde. Vor allem aber gründet sich die günstigere Auffassung der Lage, die hier Platz gegriffen hat, darauf, daß verschiedene Anzeichen kaum mehr einen Zweifel darüber lassen, daß die führenden Staatsmänner Frankreichs die Rückkehr des Kaisers als höchstens möglichen; wenn auch einzelne französische Politiker den Kaiser zu seinem Unternehmen ermutigt haben mögen, so steht nunmehr doch ungewissheit fest, daß die französische Regierung mit diesen Bestrebungen nichts gemein hat, und daß eine etwa unternommene Wende Aktion der Selbstjustizstaaten gegen Ungarn die volle Billigung und die weitestgehende Unterstützung Frankreichs finden würde.

Paris, 1. April. (E. B.)
Der rumänische Gesandte, Brinca Ghita, sprach gestern im französischen Abgeordnetenhaus vor, und gab die Erklärung ab, daß die rumänische Regierung entschlossen sei, sich der Wiedereintritts des Kaisers auf den ungarischen Thron zu widersetzen. Der italienische Botschafter gab eine gleiche Erklärung ab. Es ist anzunehmen, daß die Botschafterkonferenz sich heute mit der ungarischen Frage beschäftigt wird.

Q. Prag, 1. April.
Minister Wensch hielt heute im Abgeordnetenhaus eine Rede und erklärte zur Frage der Sanktionen gegenüber Deutschland, daß die tschechoslowakische Regierung gegen die Wiedereintritts des Kaisers verhandelt worden sei, doch bezüglich des tschechoslowakischen Standpunktes noch Verhandlungen schweben. Das ganze Problem werde bald konkretere Formen haben. Bezüglich Ungarns teilte

Wensch mit, das tschechoslowakische Außenministerium habe sich mit den Alliierten in Verbindung gesetzt und der ungarischen Regierung mitgeteilt, daß Kaiser Karl sofort Ungarn verlassen müsse, da sonst entsprechende Verfügungen getroffen würden. In der Schweiz hat die tschechoslowakische Regierung wegen des weiteren Aufenthalts Karls interveniert. Die tschechoslowakische betriebe eine demtschische Politik und werde dies bei der Lösung der magyarischen Verhältnisse bewahren. Die Gefahr eines kriegerischen Konflikts bestehe nicht; die Regierung werde sich durch die Ereignisse nicht überlassen lassen. Das Außenministerium werde dieses Abenteuer bejahen, um den König in Zukunft im Interesse des Friedens für ganz Mitteleuropa unmöglich zu machen.

Das Vorgehen der kleinen Entente.

Schritte Jugoslawiens und der Tschechoslowaken.

(Telegramm unserer Korrespondenten.)

Wien, 1. April.
Der tschechoslowakische Gesandte erklärte gestern auf der Konferenz und teilte mit, die Prager Regierung nehme gegen den Kaiser Karl energisch Stellung.

Q. Prag, 1. April.
Die tschechoslowakische Presse bezeichnet übereinstimmend die Rückkehr des Kaisers Karl nach Ungarn als das Abenteuer eines politischen Rindes, dem schliesslich, im Falle von Waffengewalt gegen den ungarischen Hofstaat, ein Ende bereitet werden müsse, um den Reaktionen der Selbstjustizstaaten jede Hoffnung auf Wiedereintritt des Kaisers zu nehmen. In die Schweiz würde die Rückkehr des Kaisers keine hinlängliche Sicherheit bieten. — Der Sohn des Präsidenten Masaryk wurde, nach tschechoslowakischen Mitteilungen, zum Gesandten in Budapest ernannt.

R. Belgrad, 1. April.
Die Wälder bringen kurzgefaßte Nachrichten über das Eintreffen des früheren Kaisers Karl in Ungarn und fügen hinzu, dieses Eintreffen stehe in Verbindung mit der Restauration der Habsburger Dynastie. Die Entente in Budapest soll bereit anliegen. Die Nachricht, daß die tschechoslowakische Regierung die Wiedereintritts des Kaisers nach Ungarn eine Störung auf dem Balkan bedeutet. In sofort gelassenen Beitritten aller Wälder werden die Verbündeten aufgefordert, ihren früheren Befehl gegen die Restauration der Habsburger sofort auszuführen.

Zusätze einer Meldung der hiesigen „Tribuna“ zufolge, die dem tschechoslowakischen Gesandten in Wien mitgeteilt wurden, haben vor einigen Tagen die jugoslawische Grenztruppen zurückgeworfen und einen Platz und einige Grenzposten besetzt, die sie nach dem Friedensvertrage als zu Rumänien gehörend, betrachten. Zwischen jugoslawischen und rumänischen Truppen kam es schon zu blutigen Zusammenstößen.

Die jugoslawische Regierung hat folgende Befehle gegeben: Die Wiedereintritts des Kaisers Karl auf den ungarischen Thron wird von der jugoslawischen Regierung als ein casus belli gesehen. Drei Armeekorps, von Belgrad, Agram und Novibad, werden sofort mobilisiert. Wenn ein Habsburger sich des ungarischen Thrones bemächtigt, so würde Jugoslawien folgende Repressalien üben: Das Gebiet von Bosnien würde ebenfalls besetzt werden, ebenso würde die Stadt Zagreb in militärisch besetzt werden. Ein hoher Beamter des Belgrader Auswärtigen Amtes begab sich zu dem ungarischen Gesandten in Belgrad, um diesem die Befehle seiner Regierung mitzuteilen. Dieser erklärte, daß die ungarische Regierung jede Verantwortung an den gegenwärtigen Vorgängen in Ungarn ablehne.

Paris, 31. März. (E. B.)
Der „Temps“ sagt in seinem heutigen Beifolger, Ministerpräsident Briand habe an die französischen Vertreter im Auslande ein Rundtelegramm geschickt, in dem die französische Regierung ihren Widerspruch gegen die Wiedereintritts des Kaisers Karl betont. Briand billigt den Schritt der verbündeten Oberkommissare in Budapest, durch den der Verband der Thronbestrebungen der Habsburger widerlegt. Der „Temps“ sagt hinzu, wenn König Karl sein Unternehmen fortsetzen wolle, müsse er einen anderen Vorwand finden, als die angebliche Unterstützung Frankreichs. Auch das „Journal des Debats“ fragt, vor den gestrigen Monarchen ermächtigt habe, eine solche, der Wahrheit widersprechende Behauptung aufzustellen.

Wien, 31. März. (E. B.)
Zu Beginn der Sitzung des Ausschusses für Neubaus des Nationalrates teilte Bundeskanzler Mayr mit, daß der ungarische Gesandte, Dr. Mankovics, bei ihm vorgeprochen habe, um ihm die Rückreise des Königs Karl in die Schweiz mitzuteilen und die Zustimmung der österreichischen Regierung hierzu eingeholen. Der tschechoslowakische Gesandte Bourcart habe die Mitteilung gemacht, daß die Schweiz mit der Rückreise vereinbar sei. Diese Rückreise werde in einem nächsten Zeit mit den entsprechenden Vorkehrungen durchgeführt werden. Der Bundeskanzler betonte des Weiteren die Sicherheitsmaßnahmen, die getroffen worden seien, um eine Rückkehr der Vorgänge in Ungarn auf Oesterreich zu vermeiden. Die Debatte ergab eine einheitliche Stellungnahme der Parteien dahin, daß die österreichische Politik danach trachten müsse, die Grundgründe der republikanischen Staatsverfassung vorzuschlagen, wie sie die gegenwärtigen Vorgänge in Ungarn zeitigen könnten, mit allen Mitteln zu sichern. Eine parteiunabhängige Debatte folgte, wurde in der letzten Vorstandssitzung der Großdeutschen Volkspartei der Auflösung Ausdruck gegeben, daß die Unternehmung des ehemaligen Königs Karl auf für den österreichischen Staat von höchster politischer Bedeutung sei. Die Großdeutschen würden daher geschlossen dafür eintreten, daß eine Wiedereintritts des Kaisers unter allen Umständen verhindert werde.

Wirtschaftspolitische Forderung.

von Dr. Paul Nathan.

Das neueste Vorgehen der Entente mit ihren „Sanktionen“ bezieht sich gegen den Verfall der Frieden. Hierbei wird sich der Völkerverbund zu äußern haben, der mit der Angelegenheit bereits auf Antrag Deutschlands befaßt worden ist. Die Lage ist damit in „interessanter“ Weise kompliziert. Die härtesten Kräfte des heutigen Völkerverbundes sind zweifellos England und Frankreich, und diese Mächte belegen in flagrantester Weise Grundprinzipien, für deren Aufrechterhaltung der Völkerverbund eintritt hat. Man könnte über dieses neueste Kapitel der Entwicklung des Völkerverbundes als Motto die Worte des bei der Berliner Strahlenjugend einstmals so bekannten Generals Wrangel setzen: „Ja demeritire mir.“ Frankreich und England demeritieren sich gleichfalls.

Den Verlauf der Angelegenheit nach dieser Richtung hin wird man abwarten müssen. Nur das eine kann man heute feststellen: Wenn die offizielle Völkerverbundsorganisation, und wenn die privaten Gassen in den verschiedenen Ländern, die den Völkerverbund belegen, im vorliegenden Falle befragen, so bedeutet dies: Es lauten für den jetzigen Völkerverbund die Sterbeglocken. Offiziell geht es alsdann den Vereinten Staaten, unter anderen Voraussetzungen, dem Völkerverbund gegenüber zu neuen, zu realen Leben zu wecken. Denn jener Beweis wenigstens wäre geliefert, daß die Geistes-Institution zwar brauchbar als neue Kulture für die alte Politik der Entente, aber unbrauchbar zur Entwicklung von Gerechtigkeit, Gleichmäßigkeit und friedlicher Verständigung unter den Völkern ist.

Mit seiner gewohnten Gedächtnisheit hat Lloyd George vorausgesehen, welche Gefahren ähnliche Gedankengänge, wie die obigen, für seine Politik darbieten könnten, und er hat daher in einer großen Rede im House of Commons außerordentlich sympathische und friedliche Töne erklingen lassen. Was er sagte, verdient festgehalten zu werden. Es lautet in Uebersetzung:

„Nicht nur im Interesse von Deutschland, sondern im Interesse der Welt liegt es, daß der deutsche Handel sich erhole, und daß Deutschland sein wirtschaftliches Gedeihen wiedererlangt; denn ein vorvertrags, hungeriges, verärgertes Zentral-Europa ist eine Gefahr für den Weltfrieden.“

Und er fügte Worte hinzu, die ganz besonders beachtenswert sind. Er sagte in Uebersetzung:

„I am the last man in this world, to take part in any action, that would drive a population like that to despair.“

Und weil dies das Programm von Lloyd George ist, darum hat er die „Sanktionen“ — genehmigt. Er will nicht an irgend-einem Vorgehen sich beteiligen, durch das eine Verdüsterung, wie die deutsche, in Verweilung hineingetrieben wird. Mit dieser sein Grundgedanke nicht jedem denkenden Menschen — klar und überklar!

Hält man die Worte von Lloyd George damit zusammen, was er als Exakter unter den Alliierten zur Durchführung der „Sanktionen“ bereits getan hat, so erschließt sich die innere Natur dieses sühnenden englischen Politikers.

Er ist wiederphysisch und selbst in sich rufen, öffentlich ausgeprochenen Wendungen den französischen Ansprüchen gegenüber Deutschland entgegengetreten, um dann diese Ansprüche immer zu — genehmigen. Er will keineswegs 100 Millionen Menschen von hohen Kulturwert, wie er ist, zur Verweilung bringen; aber er befürchtet die „Sanktionen“ und die Bewegung weiterer deutscher Städte. Und er bezeichnet sich als „a real advocate of peace and of good understanding“.

So also sieht ein wahrhafter Sachwalter des Friedens und der Verständigung aus!

Und doch wird man nicht behaupten können, daß diese Worte ausschließlich Heuchelei enthalten. In England hat man immer das Bedürfnis, jene Politik, die man für nötig hält, gleichzeitig als moralisch zu demonstrieren. Als die Konzentrationen in den Konzentrationslagern zu Tausenden verdrängt wurden, gründe gingen, starben — auch damals suchte sich ein Teil der englischen Bevölkerung die Ueberzeugung zu suggerieren, daß diese Form der Kriegführung besonders human sei. Man wollte den Vorentwurf beenden — und daher die Konzentrationenlager. Man will aus der Kontroverie mit Deutschland freikommen, was für die englische Weltpolitik sehr notwendig ist — und daher die menschenfreundlichen Sanktionen gegen 100 Millionen „hohenkulturelter“ Individuen.

Als die mittelalterlichen Richter die Angeklagten auf die Folter spannten, um Geständnisse zu erpressen, waren sie meist auch davon überzeugt, daß sie mit ihrem Tun Werkzeuge der höchsten, einer göttlichen Gerechtigkeit seien. Eine derartige Gläubigkeit wohnt auch diesmal dem edlen Engländer inne; und zwar noch heute.

Am Schluß seiner Rede betonte Lloyd George, daß er mit den Sanktionen auf ein „gutes Ergebnis“ reche, und sollte diese Annahme ein Irrtum sein, so werden die Sanktionen für den deutschen Handel, bereisfast als Strafmaßnahme vorzuschlagen werden. Die Maßnahme sei ein Erfolg für Gewaltanwendung, für Waffengewalt; es sei eine friedliche Methode der Einmischung, es sei ein „Ausweg“. In diesen Worten steckt der ganze Lloyd George der neuesten Zeit.

Seine Politik ist ständig ein Ausweg; er ordnet nichts; er regelt nichts; er bringt nichts endgültig zum Abschluß; er ist und bleibt ein Ausweg, auf dem dann das Schicksal nach einem neuen, häufig sehr gefährlich gewählten Ausweg folgt. Und genau wie die mittelalterlichen Richter will auch Lloyd George